69. Jahrgang. № 32 Dienstag, 20. Januar 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Lübeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31./1. 25 bei täglich zweimal. Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Januar 3 G.-M. Einzelnummer 10 G.-Pfg. | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰, f. ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerh. 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gas-Herde — Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile.

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Dr. Luthers Regierungsprogramm.

Ministerialdirektor Dr. v. Schlieben zum Reichsfinanzminister ernannt.

Blutige Zusammenstöße mit Reichsbannerleuten. — Ermittelungen gegen die Wohnstätten-G. m. b. H. — Amtsenthebung Trotzkis.

Ein Programm der Arbeit.

War schon das hervorstechende Merkmal der Aufnahme der Regierung Luther in der deutschen Oeffentlichkeit das Fehlen jeden Ueberschwanges freudiger Begrüßung, so trägt auch das Programm der nun endlich vollständigen Regierung zu sehr den Stempel schwieriger Kompromisse, um durch mitreißenden Schwung oder neue glänzende Ideen allgemein begeisterte Zustimmung zu erwecken. Aber was uns frommt, sind auch nicht tönende Worte, was uns notnt, ist schon so unendlich oft und schön gesagt, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Uns fehlten nur die Männer, die die Notwendigkeiten zielbewußt und entschlossen anpackten. Und wenn uns jetzt ein in zielbewußter und auch rücksichtsloser Arbeit erprobter Mann wie Dr. Luther ein Programm vorsetzt, das in nüchternen Worten die ganze Fülle der durch Stabilisierung und Dawes-Plan drängenden, durch nahezu einjährige Lahmlegung der wirklichen parlamentarischen Tätigkeit ins Riesenmaß gewachsenen Arbeit in kurzen Strichen zeichnet, so stellt sich die neue Regierung in diesem Programm als eine Regierung positiver aufbauender Arbeit vor. Das ist es aber gerade, was wir brauchen. Und in bezug auf diese sachliche Arbeit ist die Zusammensetzung des neuen Kabinetts aus parlamentarischen Vertrauens- und anerkannten Fachleuten, diese Mischung aus Parlamentarismus und Sachlichkeit, vielleicht eher ein Vorzug als ein Nachteil. Es wird sich nun bald zu zeigen haben, ob und wieweit die Fraktionen gewillt sind, mehr als bisher das Trennende zurückzustellen und der neuen Regierung ein sachliches Arbeiten zu ermöglichen. Sicherlich sind dabei der enge Rahmen, den der Dawes-Plan unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Betätigung läßt, und die rauhe Notwendigkeit, Staat und Wirtschaft wieder auf die Grundlage zu stellen, auf der sie auch unter dem Dawes-Zwang arbeiten können, ebenso wirksame Hilfen, wie die eben zu Ende gegangene fünfmonatige Regierungskrise die Lust zur Krisenmacherei zu nehmen geeignet ist.

Der Parlamentarismus Weimarer Herkunft hat mit der Regierung Luther zum ersten Male vor dem Staatsgedanken kapituliert, und darum ist es verständlich, daß Dr. Luther an die Spitze seines Programms so eindringlich das staatspolitische Wollen und neben der starken Betonung der völlig sachlichen Arbeit im Dienste des Volkes auch die Nachprüfung der Weimarer Verfassung unter dem Gesichtspunkte der innerlichen Gesundung des Staatswesens gestellt hat. Das läßt darauf schließen, daß Dr. Luther nicht gesonnen ist, halbe Arbeit zu leisten, sondern endlich den unvermeidlichen Ausgleich mit Bayern zu suchen, dessen Konflikte bereits so viele innerpolitische Energien verbraucht haben. Hier scheint Dr. Luther eigene Wege gehen zu wollen, während seine Ausführungen über die äußere Politik deutlich die Stresemannsche Prägung und den Wunsch des Zentrums erkennen lassen, die „bisherige Linie der Außenpolitik fortzuführen". Man hätte auf diesem Gebiete zweifellos einen größeren Schwung der Sprache, ein kräftigeres und energischeres Zurückweisen des schändlichen Vertragsbruchs und einen zündenderen Ausdruck der Empörung des deutschen Volkes erwarten können. Daß er dabei auf den Verhandlungswunsch der geschäftsführenden Regierung Marx—Stresemann zurückkommen mußte, war eine Selbstverständlichkeit, nachdem das Kabinett seines Vorgängers hierin bereits die künftige Politik festgelegt hatte. Immerhin hält sich die Regierung den Weg künftiger Stellungnahme nach Bekanntwerden der Anschuldigungen des Kontrollberichts offen. Und wenn auch Dr. Luther es leider vermeidet, eine Verbindung zwischen der Außenpolitik und den Wirtschaftsverhandlungen herzustellen, so zeigt doch sein Bekenntnis zum Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge erfreuliche Perspektiven nach dieser für uns so dringend notwendigen Richtung.

In der inneren Politik arbeitet der neue Kanzler offenbar auf ureigenstem Gebiet. Das gilt in erster Linie von der Finanzpolitik, die Dr. Luther bisher geleitet hat. Er war es, der in zwingendster finanzieller Not zur Ausbalancierung des Haushalts die drückenden Steuerlasten geschaffen, mit seiner Aufwertungsverordnung den allseitigen Sturm der Entrüstung entfacht hatte. Und darum werden er und sein Nachfolger, Ministerialdirektor v. Schlieben, nicht geringe Mühe haben, die Skepsis zu überwinden, die ihnen bei ihrem großen und begrüßenswerten Reformprogramm entgegentreten dürfte. Erst das Aufwertungsgesetz und die schon mit dem Ablauf des Finanzausgleichsgesetzes unumgänglich notwendig werdende große Reform der Steuergesetzgebung werden zeigen können, ob und inwieweit es dem Reichskanzler Luther gelingen wird, sich von Bedenken freizumachen, die den Finanzminister Luther sehr hartnäckig beeinflußt hatten. Erfrischend aber ist der große soziale Zug, der das ganze innerpolitische Programm des neuen Kabinetts durchweht. Und hierbei scheint auch ein Wesenszug des Kanzlers mitzuschwingen. Wohl hatte man gewußt, daß Dr. Luther schon von seiner Essener Oberbürgermeistertätigkeit her den Ruf mitgebracht hat, ein Mann mit großem sozialen Verständnis zu sein. Wenn man aber jetzt liest, wie in seinem ganzen Programm, in seinen anerkennenden Worten für die Beamten sowohl wie in seinen Grundlinien für die Steuerreform, in Arbeitszeit-, Lohn- und Gehaltsfragen wie in den Fragen der sozialen Versicherungsgesetze überall das sittliche Gebot der sozialen Pflicht vorherrscht, so muß man erkennen, daß diese Worte keine hohlen Phrasen sind, sondern einem tiefen sozialen Empfinden entspringen. Trotzdem sind es keine sozialistischen Ideen, die der Kanzler hier vertritt, Forderungen, die, losgelöst von wirtschaftlichen Abhängigkeiten, nicht erfüllt werden können, sondern immer sind es die großen Gesichtspunkte der Besserung der wirtschaftlichen Lage, aus der nach Ansicht des Kanzlers allein soziale Fortschritte erwachsen können. Er hebt mit Recht hervor, daß eine gesunde Sozialpolitik nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer diene, sondern mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten Volkes verknüpft sei. Das ist der sittliche Grundgedanke, von dem Dr. Luther die gesamte Tätigkeit seiner Regierung durchdrungen sehen will, und wenn er sich dabei von zuweit gehenden einseitigen Forderungen seines Arbeitsministers Brauns freihält, wird er alle verantwortungsbewußten Kreise der deutschen Wirtschaft auf seiner Seite haben.

Gewaltig sind die Aufgaben, vor denen die Regierung Luther steht und die sie, nach diesem fast überreichen Programm schwerster Arbeit zu urteilen, nicht nur erkennt, sondern auch fest anpacken will. Wenn dabei die Sozialdemokratie in rechter Erkenntnis der großen wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Kabinetts bereits vor dem Bekanntwerden des Programms die rücksichtsloseste parlamentarische und außerparlamentarische Opposition angekündigt hat, so ist das einzig und allein die Furcht vor einer ihr unerwünschten energischen und positiven Aufbauarbeit. Gegen diese hemmungslose sozialistische Opposition wird das Kabinett Luther in erster Linie seine Lebensfähigkeit zu beweisen haben. Dabei erwartet der weitaus größte Teil des deutschen Volkes, daß das Kabinett alles, was über eine verfassungsrechtliche Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments hinausgeht, alle Generalstreikgelüste und Gewaltabsichten, wie sie aus der sozialistischen Presse herausklingen, mit äußerster Energie und Entschlossenheit zurückweist. Das Kabinett Luther ist in keiner beneidenswerten Lage. Es sieht seine Feinde nicht nur auf der äußersten Linken, sondern auch in Parteien, die durch Vertrauensmänner und Fachminister in ihm vertreten sind. Darüber hat die frostige Kühle, mit der das Regierungsprogramm von den Demokraten und vom Zentrum aufgenommen wurde, keine Zweifel gelassen. Aber nur wenn es mit zäher Energie an die Riesenarbeit des deutschen Wiederaufbaus geht, wenn es sich ehrlich bemüht, zu dem umfangreichen Programm der Arbeit zu stehen, das Dr. Luther gezeigt hat, wird es die vielfachen Widerstände überwinden können, die sich bisher noch jeder wirklich aufbauenden Arbeit entgegengestellt haben.

*

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 19. Jan. Das Kabinett Luther stellte sich heute dem Reichstage vor. Die fast 500 Mitglieder des neuen Hauses hatten sich nahezu vollzählig auf ihren Plätzen eingefunden. Sämtliche Tribünen waren überfüllt. In den Reihen der Abgeordneten saß nun wieder der Reichskanzler a. D. Dr. Marx neben seinem Fraktionsfreunde und einstigen Amtsvorgänger Dr. Wirth. Als der Präsident nach Erledigung einiger Formalitäten, wobei er auch mitteilte, daß die Staatssekretäre v. Schlieben und Dr. Krohne zum Reichsfinanzminister bzw. Reichsverkehrsminister ernannt worden seien, dem Reichskanzler Dr. Luther das Wort erteilte, brachen die Kommunisten in wildes Amnestiegeheul aus, mit dem sie die Ausführungen des Reichskanzlers auch während seiner ganzen Rede begleiteten. Es erhöhte den guten Eindruck von der Männlichkeit Dr. Luthers, als er schließlich, nachdem auch der Präsident die Kommunisten darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln der Geschäftsordnung gegen sie vorgehen würde, sich mit scharfen Worten gegen die Unterbrechungen wandte und den Kommunisten erklärte, daß Geschrei doch schließlich keine sachliche Arbeit ersetzen könnte.

Die Rede Dr. Luthers

selbst besagt: Nachdem ich zum Reichskanzler ernannt worden bin, habe ich die Ehre, Ihnen das neu ernannte Kabinett vorzustellen. Ihm gehören außer mir an: Dr. Stresemann (Aeußeres), Schiele (Inneres), Ministerialdirektor Dr. v. Schlieben (Finanzminister), Frenken (Justiz und besetzte Gebiete), Staatssekretär Dr. Krohne (Verkehr), Stingl (Reichspost), Dr. Geßler (Reichswehr), Dr. Neuhaus (Wirtschaft), Dr. Brauns (Arbeit), Graf Kanitz (Landwirtschaft).

Mein erstes Wort als Reichskanzler ist ein Wort des Dankes an die scheidende Reichsregierung und insbesondere an ihren Führer, Herrn Reichskanzler Marx. Das geschichtliche Urteil wird immer dahin lauten, daß das Kabinett Marx auf dem von Rückschlägen bedrohten dornenreichen Weg des deutschen Volkes einen deutlichen und bedeutungsvollen Wegteil zur Gesundung Deutschlands zurückgelegt hat. Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziele deutschen Wiederaufbaues zuzuschreiten, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die hohen politischen und verehrungswürdigen menschlichen Eigenschaften des scheidenden Kanzlers, zu dem ich auch als Mitarbeiter stets emporgeblickt habe, sind aus der Geschichte des letzten Jahres nicht hinwegzudenken.

Die Politik der neuen Reichsregierung, für deren Richtlinien ich nach der Verfassung als Reichskanzler die Verantwortung trage, wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des Volkes eingestellt sein.

Die Reichsregierung wird dabei im Vertrauen auf die inneren Kräfte des Volkes und der Wirtschaft sich nach Möglichkeit von Vielregiererei fernhalten. Für ihr Arbeitsziel wird sie, wie für ihre Leitgedanken die Billigung des Reichstagsvolkes erbitten, ihren Zielen wird sie nur dann mit Erfolg nachstreben können, wenn es ihr gelingt, im lebendigen Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Notlage unseres Volkes muß für alle eine dauernde Mahnung sein, die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage zu bewirken. Wichtigste Voraussetzung für die Erreichung dieses weitgehenden Zieles war, daß eine Regierung gebildet wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Hohen Hauses stützt. Dies ist der Kerngedanke des parlamentarischen Systems, auf dem das staatliche Leben unseres Vaterlandes aufgebaut ist.

Bei der Kabinettsbildung war für mich, nachdem ich mich auf den Ruf des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt habe, und ist für meine Kollegen im Kabinett in erster Linie der Wille maßgebend,

zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise würde.

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Die Reichsregierung wird sich im übrigen angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der

Beziehungen des Reiches zu den Ländern.

Ihr Eigenleben soll geachtet und ihre bedeutungsvolle Rolle im staatlichen Gesamtleben des deutschen Volkes auch in der Handhabung der Reichsverwaltung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und

Reinheit des öffentlichen Lebens

richten und die im Beamtentum lebenden Kräfte besonderer Hingebung an das Staatswesen zum Wohle des Volkes fördern.

Wir fühlen uns dem Beamtentum, dieser unentbehrlichen Stütze des Staates, auf das engste verbunden und sind entschlossen, uns für seine gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung einzusetzen.

Die Reichsregierung wird sich bei allen ihren Maßnahmen von der Erkenntnis leiten lassen, daß auch gerade in der Staatsform der Republik die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft ist.

Um der fortschreitenden Gesundung des deutschen Volkskörpers willen werden alle das Staatsleben betreffenden Fragen durch die Reichsregierung in ruhigen Bahnen zu